

Mega-Manipulation: Das bankrotte Finanzsystem soll durch Klimahysterie gerettet werden!

Von Helga Zepp-LaRouche

3. August 2019 – Während die Sturmsignale für den bevorstehenden Finanzkrach immer alarmierender werden, findet gleichzeitig das wahrscheinlich größte Experiment zur gezielten Verhaltensänderung der Bevölkerung statt, das es jemals gegeben hat. Ziel der transatlantischen Kampagne ist es, die Bevölkerung mit Hilfe einer orchestrierten Klimahysterie („Wir haben nur noch 18 Monate!“) dazu zu bringen, daß sie den Kollaps des Lebensstandards freiwillig akzeptiert, während gleichzeitig sämtliche Investitionen in grüne Projekte gelenkt werden. Dabei soll die „Große Transformation der Weltwirtschaft“ den Investoren fette Gewinne bescheren und – zusammen mit der wunderbaren Geldvermehrung der endlosen „Quantitativen Erleichterung“ – den Zusammenbruch des hoffnungslos bankrotten Finanzsystems ein weiteres Mal hinauschieben.

Greta Thunberg, die Schülerbewegung FridaysForFuture (F4F), und die Extinction Rebellion (XR) werden strategisch von der neoliberalen Finanzoligarchie ausgenutzt, die hinter einem ganzen Komplex von Institutionen und Organisationen steht, zu dem Investmentbanker, Consultingfirmen, das Tavistock Institute und ganze Bataillone von Psychologen und Verhaltenstherapeuten, die Weltbank, die EU und etliche Billionäre ebenso gehören wie die Internetplattformen und Veteranen der Lobby für Bevölkerungsreduktion. Dabei wird das ganze Spektrum eingesetzt – von in Panik versetzten Kindern über einen „Grünen New Deal“ propagierende „Internet-Persönlichkeiten“ bis hin zu Gruppierungen, die auch bereit sind, die Grenzen des zivilen Widerstands zu gewalttätigeren Formen zu durchbrechen –, um die Forderungen des Pariser Klimaabkommens weit vor dem vereinbarten Zeitpunkt von 2050 durchzusetzen. Mit dabei sind sämtliche grünen Kaderschmieden, von Al Gores Climate Reality Project bis zur Internetplattform „We don't have Time“, in deren Beirat u.a. Greta Thunberg sitzt.

Bundeskanzlerin Merkel, die zuvor schon ebenso wie Bundespräsident Steinmeier die F4F-Bewegung gelobt hatte, bemerkte dazu in ihrer Sommer-Pressekonferenz, daß deren Demonstrationen mit Sicherheit den Entscheidungsprozeß der Regierung beschleunigt hätten, effiziente Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen durchzusetzen. Das „Klima-Kabinett“ werde am 20. September eine ganze Reihe von Maßnahmen bekanntgeben, die Festsetzung eines „Carbon-Preises“ sei dabei von zentraler Bedeutung. Wer auch immer die Atmosphäre mit Kohlendioxid belastet, hätte dafür in Zukunft einen Preis zu zahlen.

Damit ist Frau Merkel endgültig in das Lager der ideologischen Klima-Lobby eingeschwenkt, die die Bevölkerung durch die Erhöhung der Preise für Energie und Transport „anstupsen“ (im englischen: *nudge*) will, bis sie ihr Verhalten ändert. Praktisch wird dies bedeuten, daß ein Großteil der Menschen es sich nicht mehr leisten kann, Autos oder Flugzeuge zu benutzen oder über ausreichende Heizung oder Stromversorgung zu verfügen.

Eine Bonanza hingegen soll diese Politik für die Investoren werden. Das brachte Dr. Christian Thimann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Athene Deutschland Holding, einer Tochtergesellschaft des Versicherungskonzerns Athora und langjähriger Mitarbeiter von IWF und EZB, am 27. Juli bei einer Veranstaltung zum Thema „Nachhaltige Finanzierung“ im House of Finance in Frankfurt auf den Punkt. Oftmals bemühe man sich jahrelang erfolglos um etwas, und dann plötzlich geschehe etwas Überraschendes, was alles verändere. So seien die Themen der Grenzen des Wachstums des Club of Rome und Klimaschutz seit Jahrzehnten in der Diskussion, aber erst nachdem im Pariser Klimaabkommen der bemerkenswerte Satz formuliert wurde, „Die Klima-Ziele werden nur erreicht werden, wenn wir damit beginnen die Kapitalflüsse in Bereiche mit niedriger Emission zu lenken“, sei das

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE: 06131-237384 • info@bueso.de
Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postfach 22 11 28, 55050 Mainz

Berlin: 030-8023405 • **Sachsen:** 0351-4278140 • **Bayern:** 089-7254011 • **Baden-Württemberg:** 0711-71943387
Hamburg: 040-18200658 • **Hessen:** 0611-3606646 • **Niedersachsen:** 0163-7774034 • **NRW:** 0201-3619753

Herausgegeben von der Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Bundesgeschäftsstelle, PF 221128, D-55050 Mainz
V.f.d.l.: Elke Fimmen, c/o BüSo, Postfach 221128, 55050 Mainz – Eigendruck im Selbstverlag, August 2019

 BueSoDeutschland

 /BüSoPartei

 @Bue_So

Klima für den Finanzsektor völlig verändert. Plötzlich sei das Thema „nachhaltige Investitionen“ in der Mitte der Wirtschaft angekommen, plötzlich gingen 12 Millionen junger Leute auf die Straße, und plötzlich ginge es mit diesem „großen Thema“ los.

Die EU arbeitet an Gesetzen und Richtlinien zum Emissionshandel und Klimaschutz, die genau diese Vorgabe der Lenkung von Investitionen in grüne Technologie verbindlich machen sollen. Das ist für eine Industrialisation wie Deutschland, aber auch für ganz Europa, nichts weniger als der vorprogrammierte Kurs in den wirtschaftlichen Selbstmord. Denn was weder die EU-Bürokraten noch die Haie des Finanzsektors verstehen, sind die Prinzipien, auf denen die physische Realwirtschaft aufgebaut ist: Es gibt eine direkte Korrelation zwischen der im Produktionsprozeß angewandten Energieflußdichte, der Produktivität der Wirtschaft und der Anzahl von Menschen, die durch diese Parameter erhalten werden können. Eine Umlenkung von Investitionen in ausschließlich „nachhaltige“ Bereiche, z.B. „erneuerbare“ Energiequellen wie Windräder und Solarzellen, sowie Emissionshandel und Klimaauflagen für die Sektoren Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, bedeutet faktisch die Rückentwicklung der Wirtschaft in die Zeit vor der Industrialisierung. Es bedeutet für Deutschland praktisch die Abwanderung junger Arbeitskräfte, zunehmende Vergreisung der Bevölkerung ohne Pflegeversorgung und generelle Verarmung.

Diese von CBE Schellnhuber seit langem propagierte „Große Transformation“, die vollständige Dekarbonisierung der Weltwirtschaft, ist um so krimineller, als der angebliche Konsens der Wissenschaft zur These des anthropogenen Klimawandels keineswegs existiert. Weltweit gibt es viele Petitionen, die von Tausenden Wissenschaftlern unterzeichnet wurden, darunter die von F. Seitz, dem ehemaligen Präsidenten der US National Academy of Sciences, des Non-governmental International Panel on Climate Change (NIPCC), sowie von Hunderten italienischen, skandinavischen und japanischen Wissenschaftlern. Was von all diesen Experten bestritten wird, ist die Behauptung, daß der menschengemachte Anteil am Klimawandel überhaupt eine beachtenswerte Rolle spielt, sie vertreten die Ansicht, daß es vor allem natürliche Schwankungen sind, die mit Prozessen auf der Sonne, Wolkenbildung, der Position der Milchstraße und weiteren kosmischen Phänomenen zu tun haben. Sie betonen auch, daß die Klimasimulationsmodelle die tatsächlichen Klimaschwankungen der letzten 10.000 Jahre nicht rekonstruieren, und daß die Natur – nicht der Mensch – das Klima bestimmt. Wie die kürzlich veröffentlichte Petition des von dem renommierten Professor Uberto Crecenti geführten Komitees italienischer Wissenschaftler hervorhebt, ist es deshalb illusorisch zu behaupten, daß eine Reduktion der Kohlendioxidemission das Klima steuern könne.

Das hält Christoph M. Schmidt, den Vorsitzenden der sogenannten „Wirtschaftsweisen“, dem Top-Beratungsgremium der deutschen Regierung, allerdings nicht davon ab, beim Kongreß der F4F in Dortmund diese Bewegung dafür zu loben, der Gesellschaft klargemacht zu haben, daß es so nicht weitergehen könne. Schmidt stellte sich auch voll hinter die Erhöhung des CO₂-Preises als „Grundinstrument“ für den Kampf gegen den Klimawandel. Sein Auftreten in Dortmund wie

seine Aussage sind angesichts der Konsequenzen dieser Politik gleichermaßen skandalös und werfen die Frage auf, ob er wegen Inkompetenz oder Vorteilsnahme zurücktreten soll.

Auf den Finanzmärkten überschlagen sich derweil solche Initiativen wie die Climate Bond Initiative, die den globalen Anleihenmarkt von 100 Billionen Dollar in eine gigantische neue Plattform für Investitionen in nachhaltige Wirtschaftszweige aller Art verwandeln wollen. (Die EU hat dafür bisher „nur“ 360 Milliarden vorgesehen.) Beteiligt bei dieser Initiative sind u.a. die Rockefeller Stiftung, Bank of America, HSBC, Inter-American Development Bank, Bloomberg Philanthropies, die Schweiz, das britische Foreign and Commonwealth Office, Frederick Mulder Foundation, OAK Foundation, Gordon and Betty Moore Foundation, FSD Africa, NAB (Australia), European Climate Foundation, The Sainsbury Family Charitable Trust, das EU-Programm Horizon 2020, Climate Works Foundation, UNDP, Climate KIC, KR Foundation, Martin International. In gleicher Richtung aktiv sind das World Economic Forum, die Bill and Melinda Gates Foundation, die United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), der Economist und der Green Climate Fund, um nur einige zu nennen.

Ironischerweise ist das selbst Greta Thunberg klar, die bei ihrer Rede vor Schulkindern in Katowice/Polen sagte: „Mir geht es nicht darum, bekannt zu sein. Mir geht es um Klimagerechtigkeit und um einen lebenswerten Planeten. Unsere Zivilisation wird für die Chancen einer kleinen Gruppe von Menschen geopfert, die immer mehr Geld verdienen wollen.“ Allerdings wurden genau diese Sätze in der Veröffentlichung dieser Rede durch die Internet-Plattform *Avaaz* gestrichen. *Avaaz*, ein Produkt der George Soros nahestehenden Plattform *MoveOn.org*, hat sich darauf spezialisiert, durch das Organisieren von Petitionen weltweit persönliche Daten zu allen erdenklichen Themen zu fischen.

Genau dies ist der Punkt: Zu einem Zeitpunkt, wo die Realwirtschaft in Europa und den USA massiv einbricht und der nächste Kollaps des Finanzsystems nur noch durch eine neue Flut von Liquidität hinausgezögert werden kann, wird ein neuer Goldrausch für grüne Investitionen erzeugt, bei dem vielleicht die Spekulanten für kurze Zeit eine große Menge Geld machen werden. Der Effekt auf die Entwicklungsländer wird katastrophal sein, dem nicht wohlhabenden Teil der Bevölkerung bei uns wird das Wasser abgegraben, und nach einem superkurzen Boom im monetären Bereich wird Deutschland als Industriestandort vernichtet.

Es ist allerhöchste Zeit, die Notbremse zu ziehen. Doch wer soll dies tun, wenn die EU und die Berliner Regierung Teil des Problems sind, und die Grünen offensichtlich das Gleiche in grün repräsentieren? Es kann nur von den Teilen der Gesellschaft kommen, die die Opfer der besagten Politik sind: dem Mittelstand, dem produktiven Teil der arbeitenden Bevölkerung, Eltern, Lehrern und alle denkenden Menschen – also denen, an die ich meinen Appell vom 19. Juli gerichtet habe.

Wir brauchen dringend eine öffentliche Debatte um diese Themen. Deutschland wird gerade mit vollem Tempo an die Wand gefahren!

zepp-larouche@eir.de